



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

siehe Anhang →

Herr
Ulrich Draub
Hermine Berthold Straße 5
28205 Bremen

Berlin, 12. Mai 2011

Ihr Schreiben/Veranstaltung des Regionalausschusses am 6. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Draub,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben.

Verkehr bringt Mobilität. Die Kehrseite ist der Verkehrslärm, unter dem immer mehr Anwohnerinnen und Anwohner gerade auch in Bremen leiden. Wir als SPD machen uns daher seit langem für mehr Lärmschutz an Straßen und Schienenwegen stark und haben noch in unserer Regierungszeit das „Nationale Verkehrslärmschutzpaket“ auf den Weg gebracht, das auf eine Entlastung der Lärmbrennpunkte in ganz Deutschland zielt. Dazu gehören auch Lärmschutzpilotprojekte und Anreize, die eine leise Technik an Zügen und Gleisen belohnen.

Zu nennen ist hier insbesondere das Projekt „Leiser Güterwagen“ („Leiser Rhein“), mit dem 5.000 Güterwagen auf lärmindernde Bremstechnik umgerüstet werden sollen. Die Projektlaufzeit beträgt vier Jahre und soll bis 2012 abgeschlossen sein. Mit diesem Modellprojekt sollen gerade die Voraussetzungen für eine Umstellung in ganz Deutschland geschaffen werden. Denn eine spürbare Lärminderung wird nur gelingen, wenn die Güterwagen vollständig umgerüstet sind. Der erste Schritt, den Sie anmahnen, ist also längst getan, und viele weitere sind erfolgt.

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

BÜROANSCHRIFT JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 2.041 WILHELMSTR. 69 10117 BERLIN
TELEFON (030) 227-712 31 TELEFAX (030) 227-763 61 E-MAIL UWE.BECKMEYER@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS OBERNSTRASSE 39-43 28195 BREMEN
TELEFON (0421) 350 18 29 TELEFAX (0421) 376 22 89 E-MAIL UWE.BECKMEYER@WK.BUNDESTAG.DE



Bei dem von Ihnen angesprochenen Modellprojekt zu Flüsterbremsen, das Niedersachsen auf der Strecke Bremerhaven-Hamburg plant, handelt es sich um ein Landesprogramm, das aus Landesmitteln finanziert werden soll. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weiterhin schwierigen Haushaltslage konzentriert der Bremer Senat seine Aktivitäten in Sachen Lärmschutz sehr gezielt darauf, durch gesetzgeberische Änderungen und die Verstärkung von Maßnahmen, die sich als wirkungsvoll und umsetzbar erwiesen haben, einen besseren Lärmschutz im Land zu erreichen. Mangelnden Gestaltungswillen, wie Sie schreiben, kann ich nicht erkennen.

So hat die Bremische Bürgerschaft auf Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, prüfen zu lassen, ob Güterzüge künftig Bremen umfahren können, damit Anrainer an der Bahnstrecke vom Lärm entlastet werden. Eine entsprechende Studie soll der Senat jetzt veranlassen.

Außerdem hat sich Bremen im Bundesrat dafür eingesetzt, dass der Bund und die Deutsche Bahn AG die bereits eingeleiteten Maßnahmen zum Schutz vor Schienenlärm intensivieren und erfolgreiche Maßnahmen möglichst schnell umgesetzt werden. Dazu gehören finanzielle Anreize für die Eisenbahnverkehrsunternehmen, lärmarme Güterwagen bei der Trassennutzung einzusetzen und so die Umrüstung von Bestandsfahrzeugen auf eine Technik zu fördern, mit der die Lärmgrenzwerte der TSI-Lärm erreicht werden können, die heute schon auf EU-Ebene für Neufahrzeuge vorgegeben sind. Eine entsprechende Entschließung hat der Bundesrat im April 2011 verabschiedet. Dazu gehört aber auch die Abschaffung des Schienenbonus, was im Bundesrat Ende März ebenfalls breite Mehrheit gefunden hat. Hinsichtlich einer Änderung der Bundes-Immissionsschutzverordnung laufen die Beratungen in den Ausschüssen des Bundesrates noch.

Dies sind sehr konkrete Maßnahmen, um auf mittelfristige Sicht einen besseren Lärmschutz zu erzielen. Kurzfristig sind Lärmschutzwände und Geschwindigkeitsbeschränkungen geeignete Übergangslösungen, wie ich es in meinem 12-Punkte-Plan für Lärmschutz skizziert habe, den ich Ihnen zu Ihrer Information mitschicke.

Mit freundlichen Grüßen

DB - Förderprogramm

Von Übergangslösungen darf nicht nur geredet sondern sie müssen als Druckmittel für eine festgesetzte Umrüstung der Güterzüge eingesetzt werden!